

Harald Eberhard  
Christoph Grabenwarter  
Michael Holoubek  
Thomas Kröll  
Georg Lienbacher  
Erich Vranes

# Europäisches und öffentliches Wirtschafts- recht II

10. Auflage

2018

Lehrbuch

■■■■ VERLAG  
■■ ÖSTERREICH

# Inhaltsverzeichnis

## Lektion 1

### Allgemeines Völkerrecht und Rechtsfragen

der Globalisierung .....	1
I. Begriff, Wesen und Grundsätze des Völkerrechts .....	5
II. Quellen des Völkerrechts .....	7
A. Allgemeines .....	7
B. Die Völkerrechtsquellen im Überblick .....	8
1. Völkerrechtliche Verträge .....	8
2. Völkergewohnheitsrecht .....	9
3. Allgemeine Rechtsgrundsätze .....	9
4. Richterliche Entscheidungen und Lehrmeinungen .....	10
III. Subjekte des Völkerrechts .....	11
A. Übersicht .....	11
B. Staaten .....	11
1. Staatsvolk .....	11
2. Staatsgebiet .....	12
3. Staatsgewalt .....	13
4. Entstehen und Untergehen von Staaten .....	14
C. Internationale Organisationen .....	15
1. Allgemeines .....	15
2. Die Vereinten Nationen .....	17
IV. Ausgewählte Regelungsbereiche des materiellen Völkerrechts .....	26
A. Internationaler Menschenrechtsschutz .....	26
1. Internationale Abkommen .....	26
2. Human Rights Clauses in internationalen Verträgen der EU .....	27

B.	Internationales Umweltrecht.....	27
C.	Internationales Strafrecht.....	28
1.	Extraterritoriale und internationale/ universelle Gerichtsbarkeit .....	28
2.	Kriegsverbrechertribunale .....	30
3.	Der Internationale Strafgerichtshof .....	31
V.	Rechtsdurchsetzung im Völkerrecht.....	32
VI.	Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union.....	33
A.	Die Entwicklung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik .....	33
B.	Wesen und Ziele der GASP .....	34
1.	Intergouvernementalität und Rechtspersönlichkeit .....	34
2.	Ziele und Mittel der GASP .....	35
C.	Welche EU-Organe handeln in der GASP?.....	36
D.	Instrumente der GASP.....	37
1.	Rechtscharakter der GASP-Akte .....	38
2.	Kompetenzen des Europäischen Rates.....	38
3.	Kompetenzen des Rates .....	38
VII.	Rechtsfragen der Globalisierung.....	39

**Lektion 2**

	<b>Außenwirtschaftsrecht und Welthandelsrecht .....</b>	<b>45</b>
I.	Einleitung.....	49
A.	Internationales Wirtschaftsrecht – Außenwirtschafts- recht – Welthandelsrecht .....	49
B.	Die EU in der Weltwirtschaft – GHP und GASP.....	49
II.	Zuständigkeitsverteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten unter besonderer Berücksichtigung der GHP.....	51

A.	Ausschließliche Kompetenzen.....	51
1.	Die GHP als explizite ausschließliche Außenkompetenz der EU .....	51
2.	Kompetenzumfang der GHP.....	52
B.	Geteilte Kompetenzen.....	53
C.	Unterstützende, koordinierende und ergänzende Kompetenzen .....	53
III.	Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ..	54
A.	Abgrenzungsprobleme zwischen GHP und GASP.....	54
B.	Menschenrechtsklauseln in internationalen Verträgen der EU .....	55
IV.	Die gemeinsame Handelspolitik (GHP) – Details .....	56
A.	Autonome und konventionelle Maßnahmen.....	56
B.	Die vertragliche Handelspolitik.....	56
1.	Bedeutung und Überblick.....	56
2.	Verfahrensregeln für den Abschluss völkerrechtlicher Abkommen im Bereich der GHP.....	57
3.	Wirkung völkerrechtlicher Verträge .....	58
V.	Welthandelsrecht .....	60
A.	Was ist die WTO?.....	60
B.	Aufgaben und Organe der WTO .....	62
1.	Aufgaben .....	62
2.	Organe .....	62
3.	Entscheidungen.....	63
C.	Der Warenhandel: GATT und multilaterale Warenhandelsabkommen.....	63
1.	Die Idee des freien Welthandels .....	63
2.	Ziele des GATT und der multilateralen Warenhandelsabkommen.....	63
3.	Instrumente zur Erreichung der Ziele.....	64

4.	Handelspolitische Schutzinstrumente .....	70
5.	Weitere Ausnahmen .....	74
D.	Internationaler Dienstleistungshandel:	
	Das GATS-Abkommen .....	77
1.	Regelung des Handels mit Dienstleistungen .....	77
2.	Inhalt des Abkommens .....	78
E.	Der Schutz handelsbezogener Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums: Das TRIPS-Abkommen .....	79
1.	Der Schutz des geistigen Eigentums .....	79
2.	Inhalt des TRIPS .....	80
F.	Das Streitbeilegungsverfahren .....	81

### Lektion 3

	<b>Investitionsschutz und Risikoabsicherung .....</b>	<b>85</b>
I.	Einleitung .....	89
II.	Entwicklung des Investitionsschutzes im allgemeinen Völkerrecht (Völkergewohnheitsrecht) .....	91
A.	Allgemeines .....	91
B.	Hull-Formel vs Calvo-Doktrin .....	91
C.	Verstaatlichungswellen nach dem Zweiten Weltkrieg .....	92
D.	Pragmatismus bzw Rückbesinnung auf allgemeines Völkerrecht .....	93
E.	Investitionsschutz im geltenden allgemeinen Völkerrecht ..	94
1.	Zulassung ausländischer Investitionen durch den Aufnahmestaat .....	94
2.	Behandlung ausländischer Investitionen .....	94
III.	Investitionsschutz durch Völkervertragsrecht .....	96
A.	Verträge zwischen Investoren und Staaten .....	96
B.	Multilaterale Instrumente .....	96

1.	Gründe für das Scheitern des Multilateral Agreement on Investment (MAI).....	96
2.	Recht der Welthandelsorganisation.....	97
3.	Europäischer Energiecharta-Vertrag.....	100
C.	Bilaterale Investitionsschutzabkommen (BITs) .....	101
1.	Einleitung .....	101
2.	Der Inhalt von BITs .....	101
3.	Megaregionale Handelsabkommen, insbesondere CETA und TTIP.....	107
IV.	Nicht-rechtsverbindliche investitionsbezogene Instrumente .....	109
V.	Risikoabsicherung durch Versicherungsinstrumente .....	110
A.	Multilateral Investment Guarantee Agency.....	110
B.	Nationale Versicherungseinrichtungen.....	111

#### Lektion 4

#### Europäisches Wettbewerbsrecht ..... 115

I.	Warum gibt es überhaupt Wettbewerbsregeln? .....	118
II.	Das Kartellverbot.....	121
A.	Einleitung .....	121
B.	Die Kartellmerkmale .....	122
1.	Vereinbarungen und abgestimmte Verhaltensweisen zwischen Unternehmen sowie Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen.....	122
2.	Bezweckung oder Bewirkung einer spürbaren Wett- bewerbsbeschränkung und spürbare Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten .....	124
3.	Kartellvereinbarungen sind ungültig.....	126
C.	Ausnahmen vom Kartellverbot .....	127

III.	Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung.....	131
A.	Allgemeines.....	131
B.	Was ist der relevante Markt? .....	131
1.	Der sachlich relevante Markt (= Produktmarkt).....	131
2.	Der örtlich relevante Markt .....	132
C.	Wann liegt eine marktbeherrschende Stellung vor?.....	133
D.	Wann liegt ein Missbrauch vor.....	133
1.	Behinderungsmissbrauch.....	134
2.	Ausbeutungsmissbrauch .....	134
IV.	Das Verfahren zur Abstellung von Kartellen und des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung.....	136
V.	Verbot staatlicher Beihilfen .....	141
A.	Das grundsätzliche Beihilfeverbot .....	141
B.	Ausnahmen vom Beihilfeverbot.....	143
C.	Das Verfahren der Beihilfeaufsicht .....	144
1.	Melde- und Genehmigungspflicht .....	144
2.	Möglichkeit der Untersagung bestehender Beihilfen .....	145
3.	Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Kommission .....	145
VI.	Wettbewerbsregeln für öffentliche, privilegierte und mit gemeinwirtschaftlichen Aufgaben betraute Unternehmen .....	146

## Lektion 5

### Nationales Budgetrecht im Rahmen der WWU .....

I.	Budget- und Finanzverfassungsrecht in Österreich vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Währungsunion der EU.....	155
A.	Österreichisches Haushaltsrecht und Wirtschaftspolitik..	155
1.	Staatszielbestimmungen .....	155

2.	Wirtschaftspolitische Aufgaben des Staates.....	155
B.	Österreichisches Haushaltsrecht im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU).....	157
C.	Das österreichische Budgetrecht .....	158
1.	Allgemeines .....	158
2.	Grundbegriffe des Budgetrechts.....	161
3.	Die Grundsätze der Budgeterstellung.....	170
D.	Finanzverfassung .....	172
E.	Finanzverfassung und Haushaltsrecht der Europäischen Union.....	176
II.	Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion.....	178
A.	Die Grundlagen .....	178
1.	Die ökonomischen Vorteile der WWU .....	178
2.	Die drei Stufen der WWU.....	178
3.	Eintrittsvoraussetzung in die dritte Stufe der WWU und wirtschaftspolitische Rahmenbedingung.....	179
B.	Der rechtliche Rahmen der WWU .....	182
1.	Die Wirtschaftsunion .....	182
2.	Die Währungsunion .....	188
3.	Institutionen der WWU .....	189
4.	Der „Euro-Rettungsschirm“: EFSM, EFSF und ESM .....	191
III.	Die Umsetzung der europarechtlichen Vorgaben in österreichisches Recht .....	194

## Lektion 6

	<b>Grundlagen des Bank- und Kapitalmarktrechts .....</b>	<b>197</b>
I.	Einleitung .....	201
II.	Bankrecht.....	204
A.	Rechtsgrundlagen.....	204
B.	Was ist und was tut ein Kreditinstitut? .....	206



1.	Bankgeschäfte .....	206
2.	Nationaler und unionsrechtlicher Kreditinstitutsbegriff ..	208
3.	Kreditinstitute als Finanzintermediäre .....	209
C.	Bankenaufsicht.....	210
1.	Der Einheitliche Aufsichtsmechanismus (SSM).....	210
2.	Aufgabenverteilung .....	213
3.	Zulassungserfordernis .....	217
4.	Beteiligungskontrolle .....	220
5.	Anforderungen an Kreditinstitute.....	221
6.	Laufende Beaufsichtigung.....	223
7.	Sanktionen.....	225
D.	Bankgeheimnis.....	225
III.	Kapitalmarktrecht.....	227
A.	Rechtsgrundlagen .....	227
B.	Was ist und was will das Kapitalmarktrecht?.....	228
1.	Begriff und Funktionen des Kapitalmarkts.....	228
2.	Regelungsgegenstand .....	229
3.	Regelungsziele .....	230
C.	Kapitalmarktrecht im engeren Sinne.....	231
1.	Prospektpflicht .....	231
2.	Prospekthaftung .....	237
D.	Börserecht .....	238
1.	Börsen und andere Handelsplätze.....	238
2.	Börsemitgliedschaft .....	239
3.	Börsennotierung .....	240
E.	Übernahmerecht .....	242
1.	Anwendungsbereich und Regelungskonzept.....	242
2.	Konzerneingangsschutz .....	243

## Lektion 7

<b>Strafrecht</b> .....	<b>247</b>
I. Was ist Strafrecht? .....	251
A. Aufgabe des Strafrechts .....	251
B. Keine Strafe ohne Gesetz .....	252
C. Keine Strafe ohne Schuld .....	252
D. Sinn und Zweck der Strafe .....	253
II. Gerichtliches Strafrecht und Verwaltungsstrafrecht .....	254
III. Grundsätze des Strafrechts und des Strafverfahrens .....	256
A. Allgemeine Grundsätze .....	256
B. Garantien des Verfahrens .....	257
1. Verfassungsrechtliche Garantien .....	257
2. Einfachgesetzliche Garantien.....	259
IV. Voraussetzungen der Strafbarkeit.....	262
A. Allgemeines .....	262
B. Der Tatbestand.....	264
1. Objektiver Tatbestand.....	264
2. Subjektiver Tatbestand .....	266
C. Rechtswidrigkeit .....	267
D. Schuld .....	269
1. Zurechnungsfähigkeit.....	269
2. Subjektive Sorgfaltswidrigkeit bei der Fahrlässigkeit .....	270
3. Verbotsirrtum – Entschuldigender Notstand .....	270
V. Rechtsfolgen.....	272
VI. Wirtschaftsstrafrecht .....	274
A. Was ist Wirtschaftsstrafrecht? .....	274
B. Strafbarkeit juristischer Personen.....	274
C. Exkurs: „Unternehmensstrafrecht“ .....	275

VII.	Ausgewählte Tatbestände des Wirtschaftsstrafrechts.....	276
A.	Diebstahl (§ 127 StGB) .....	276
1.	Tatbestand.....	276
2.	Strafrahmen.....	276
B.	Veruntreuung (§ 133 StGB).....	277
1.	Tatbestand.....	277
2.	Strafrahmen.....	277
C.	Betrug (§ 146 StGB) .....	277
1.	Tatbestand.....	278
2.	Strafrahmen.....	278
D.	Untreue (§ 153 StGB).....	278
1.	Tatbestand.....	278
2.	Strafrahmen.....	279
E.	Sozialversicherungsbetrug .....	279
1.	Tatbestände (§§ 153c, 153d StGB) .....	280
2.	Strafrahmen.....	280
F.	Organisierte Schwarzarbeit (§ 153e StGB).....	281
1.	Tatbestand.....	281
2.	Strafrahmen.....	281
G.	Betrügerische Krida (§ 156 StGB).....	281
H.	Schädigung fremder Gläubiger (§ 157 StGB).....	282
1.	Tatbestand.....	282
2.	Strafrahmen.....	283
I.	Begünstigung eines Gläubigers (§ 158 StGB).....	283
1.	Tatbestand.....	283
2.	Strafrahmen.....	284
J.	Grob fahrlässige Beeinträchtigung von Gläubigerinteressen (§ 159 StGB).....	284
1.	Tatbestand.....	284
2.	Strafrahmen.....	285

K.	Korruption im privaten Bereich .....	286
1.	Tatbestände .....	286
2.	Strafrahmen .....	287
VIII.	Ausgewählte Tatbestände des wirtschaftsrelevanten Verwaltungsstrafrechts .....	288
A.	Verwaltungsübertretungen nach der Gewerbeordnung ....	288
1.	Tatbestände .....	288
2.	Strafrahmen und Zuständigkeit .....	289
B.	Verwaltungsübertretungen nach dem Wasserrechtsgesetz	289
1.	Tatbestand .....	289
2.	Strafrahmen und Zuständigkeit .....	290
IX.	Finanzstrafrecht .....	291
A.	Gliederung des FinStrG .....	291
B.	Verfahren .....	291
	Stichwortverzeichnis .....	295